

EVELYN REGNER

Informationen für MeinungsbildnerInnen



Wieso ein Steuerausschuss?

Das **Europarlament ist der Motor, wenn es um die Untersuchung und das Ziehen von Schlussfolgerungen der Steuerskandale geht**: Der **Lux-Leaks** Steuerskandal, in dem Mitgliedsstaaten multinationale Konzerne ins Land lockten indem sie ihnen eine minimale Steuerlast versprochen, wurde in zwei Sonderausschüssen aufgearbeitet. Im November 2015 und im Juni 2016 wurden umfassende Berichte und Forderungskataloge vorgelegt. Die Skandale haben sich aber überschlagen. Im April 2016 wurden die **Panama Papers** aufgedeckt, die Dokumente von 214.000 Briefkastenfirmen ans Tageslicht brachten. In einem Untersuchungsausschuss hat das Europarlament das schmutzige System untersucht und Lücken in der europäischen Gesetzeslage ermittelt. Einige **Ableitungen** wurden von der Kommission direkt aufgenommen und sind **bereits umgesetzt**: Seit 2017 gibt es beispielsweise den automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden, die wirtschaftlichen Eigentümer hinter Briefkastenkonstrukten müssen offengelegt werden und die Kommission hat schmerzhaft Strafen an Apple und Starbucks verhängt.

Während das Europaparlament noch nicht einmal die Arbeiten im Panama-Untersuchungsausschuss abschließen konnte, kamen schon die nächsten Skandale ans Tageslicht. Die **Bahamas Leaks** im September 2016 zeigten, dass Luxleaks nur die Spitze des Eisbergs darstellte. Im November 2017 wurden die **Paradise Papers** veröffentlicht: 13,4 Millionen Dateien, die vor allem legale aggressive Steuerplanung der Großkonzerne an die Öffentlichkeit brachten – und die zeigten, dass es mitten in Europa einige Steuersümpfe gibt. Die Paradise Papers deckten etwa auf, wie Nike seine europäischen Gewinne in die Niederlande verschiebt und dort kaum Steuern zahlt, oder wie die österreichische Schwedenbombe über Malta auf die Cayman Islands reist. Der TAX3 Steuerausschuss im Europaparlament hat hauptsächlich die Paradise Papers untersucht (aber auch den CumEx Skandal unter die Lupe genommen) und trifft jetzt Ableitungen für die Gesetzgebung. Der Bericht wurde am Mittwoch, den 27. Februar, im Ausschuss abgestimmt und kommt im März ins Plenum.

Highlights aus dem Steuerausschuss - TAX3

Insgesamt fanden 34 Sitzungen, 18 Hearings, 3 Workshops und 4 Missions im Steuerausschuss statt. Behandelt wurden unter anderem folgende Themen:

-) Besteuerung der digitalen Wirtschaft, Umgang mit Krypto-Währungen, Hearing mit Facebook & Google
-) Geldwäsche, Vergabe von „goldenen Visas“, Freeports
-) Mehrwertsteuer-Betrug
-) Drittländer: Faire Besteuerung in Europa nach dem Brexit, Steuersumpf Schweiz
-) Briefkastenfirmen
-) Steuersümpfe innerhalb der EU
-) Auswirkungen von Geldwäsche & Spekulation auf den Immobilienmarkt

Endbericht – die Ableitungen des EU-Parlaments für eine faire Besteuerung

Die 5 wichtigsten Maßnahmen gegen Steuerbetrug

1. Es gibt keine Ausreden mehr – die Mitgliedsstaaten müssen endlich handeln!

Laut einer neuen Studie entgehen uns in Europa 825 Milliarden EUR aufgrund von Steuerbetrug, in Österreich sind es 12,9 Milliarden EUR jährlich – das macht etwa die Hälfte der Ausgaben ins Gesundheitssystem aus. Dieses Geld fehlt uns.

-) **Schluss mit der Blockade für Transparenz!** Die öffentliche länderweise Berichterstattung muss endlich umgesetzt werden, damit wir wissen, wo Konzerne ihre Steuern zahlen – und wo nicht.
-) **Steuern müssen dort bezahlt werden, wo die Gewinne erwirtschaftet werden.** Die EU-Körperschaftssteuer muss endlich umgesetzt werden.
-) **Digitale Konzerne müssen genauso Steuern zahlen, wie die traditionellen Unternehmen.** Die digitale Betriebsstätte muss im Europäischen Steuerrecht verankert werden.
-) **Ende der Blockadepolitik** – die Einstimmigkeit im Rat bei Steuerfragen muss abgeschafft werden!

2. Einführung von EU-weiten Mindeststeuersätzen!

Der nominelle Körperschaftsteuersatz ist im EU-Schnitt von 32% im Jahr 2000 auf 21,9% im Jahr 2018 gefallen. Das Rennen um den niedrigsten Steuersatz zwischen den Mitgliedsstaaten muss beendet werden!

-) **Konservative und Liberale haben gegen die Forderung der Europäischen SozialdemokratInnen nach EU-weiten Mindeststeuersätzen in Höhe von 18%**

gestimmt; die Forderung wird bei der Endabstimmung des Berichts im Plenum noch einmal zur Abstimmung kommen; eine Willensbekundung dass sich etwas im Bereich der Mindeststeuersätze tun muss, konnten wir SozialdemokratInnen in den Endbericht verhandeln

3. **Abschaffung von Briefkastenfirmen:** Konzerne sollen nur dann in der EU umziehen dürfen, wenn eine wirkliche ökonomische Aktivität dahinterliegt, wie in den Verhandlungen für ein neues EU-Unternehmensrecht gefordert wird.
4. **ordentliche Kontrolle & Sanktionen gegen Länder, die sich nicht an die Regeln halten:** Europäische Finanzpolizei, die selbst Untersuchungen machen kann (im Rahmen von Europol); Zusammenarbeit der Behörden bei grenzüberschreitenden Steuerbetrugsfällen (zB CumEx); Aufstockung der FinanzprüferInnen (*Schwarz-Blau will hingegen die Steuerprüfer abbauen – Abbau von 200 SteuerprüferInnen würde uns allein in Österreich 140 Mio. Euro an Steuereinnahmen kosten*)
5. Strengere Regeln für **Finanzintermediäre, die Handlanger der Steuertrickser:** Rotation alle 7 Jahre & Trennung der Aufgabengebiete; mehr Transparenz

Weitere Forderungen aus dem Endbericht:

-) Bezahlung von Steuern muss Teil der **CSR** sein; soziale Dimension – Konzerne müssen ihre Steuern zahlen, damit wir Ungleichheit bekämpfen und für soziale Gerechtigkeit sorgen
-) Mitgliedsstaaten sollen sich endlich auf die **Finanztransaktionssteuer** einigen
-) Steuererleichterungen für **Investitionen von Forschung & Entwicklung** dürfen nicht als neue Steuerschlupflöcher missbraucht werden
-) Harmonisierung der **EU-Mehrwertsteuer-Regeln**; die Mehrwertsteuer-Lücke innerhalb der EU beträgt 147 Milliarden EUR
-) Auslaufen von „**Goldenen Visas**“ – mindestens 5.000 Nicht-EU-BürgerInnen haben mit diesen Investitionsmethoden eine europäische Staatsbürgerschaft bekommen
-) Untersuchung von **Freeports**; bessere Zusammenarbeit mit den Zollbehörden
-) Weitergehende Maßnahmen im Kampf gegen **Geldwäsche**; Know-Your-Customer Policies; Schaffung einer EU-Anti-Geldwäsche Institution; Offenlegung des wirtschaftlichen Eigentümers hinter Grundstücken und Immobilien (S&D Forderung –nicht im KOMP)
-) **Kampf gegen Steuersümpfe innerhalb der EU:** Faire Besteuerung soll Teil des Europäischen Semesters sein; insbesondere Belgien, Zypern, Ungarn, Irland, Luxemburg, Malta, Niederlande halten sich nicht an die Spielregeln und

betreiben aggressive Steuerpolitik; **Verankerung von fairer Besteuerung in den Handelsabkommen**

-) Regulierung von **Kryptowährungen**
-) Effektivere **Schwarze Liste von Steuersümpfen**: klare & transparente Kriterien, Kritik an Herunterstreichen von Ländern (zB Panama); auch EU-Staaten betreiben aggressive Steuerplanung: Belgien, Zypern, Ungarn, Irland, Luxemburg, Malta, Niederlande; Sanktionen für Länder auf der Liste (Zurückhaltung von Steuern, Benachteiligung bei öffentlichen Ausschreibungen)
-) Unterstützung von **Entwicklungsländern** im Kampf für Steuergerechtigkeit
-) Kampf für Steuergerechtigkeit muss auch in **Handelsabkommen** verankert werden, keine Handelsabkommen mit Ländern auf der Schwarzen Liste
-) Eigener Fonds für WhistleblowerInnen
-) Transparenz in der Gruppe Verhaltenskodex Steuern
-) Kommission soll einen Vorschlag zur **Begrenzung von Zahlungen in Bargeld** (um Geldwäsche zu bekämpfen) auf den Weg bringen
-) **Ständiger Steuerausschuss in der nächsten Legislaturperiode**